



Newsletter Arbeit, Wirtschaft und Häfen, Ausgabe 10, 8.03.2010

Sonderausgabe zum Weltfrauentag

Liebe Leserinnen und Leser,

der diesjährige Weltfrauentag steht unter dem Motto „Armut ist weiblich – Frauenarmut bekämpfen“. Hintergrund ist die Tatsache, dass immer mehr Menschen, vor allem aber Frauen, in Deutschland von Armut bedroht oder betroffen sind - nicht nur, aber ganz besonders wenn sie Kinder haben. Unsere Pressemitteilung zum 8. März sowie einen Hinweis auf unsere Kundgebung auf dem Marktplatz lesen Sie weiter unten.

Mit diesem Newsletter halten wir Sie über unsere politische Arbeit auf dem Laufenden. Aufgrund von häufiger auftretenden Problemen bei der Lesbarkeit des Newsletters haben wir uns entschieden, ihn künftig in dieser „einfachen“ Form zu verschicken. Zur gestalteten Version können Sie jederzeit über den jeweils angehängten Link gelangen.

Mit freundlichen Grüßen

Silvia Schön, Frank Willmann, Andrea Quick und Christine Möglin

Frauen auf Arbeitsmarkt nicht länger zu Bittstellerinnen machen

Anlässlich des Internationalen Frauentages kritisieren die Grünen die Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Rund 30 Prozent der Frauen im Land Bremen arbeiten im Niedriglohnbereich, der Großteil der Minijobs wird von Frauen ausgeführt. Viele sind auf ergänzendes Arbeitslosengeld angewiesen. „Diese Frauen haben trotz Arbeit kein existenzsicherndes Einkommen. Diese Erwerbsarmut muss ebenso wie die Subventionierung von Lohndumping über das Arbeitslosengeld II ein Ende haben. Frauen dürfen nicht länger zu Bittstellerinnen gemacht werden. Die Antwort auf beide Probleme ist ein verbindlicher Mindestlohn. Die klassische Versorgungsehe ist das Modell von gestern. Frauen müssen ihre Existenz genauso sichern können wie Männer“, betont die

frauenpolitische Sprecherin Doris Hoch.

Neben dem existenzsichernden Mindestlohn fordern die Grünen gleiche Löhne für gleichwertige Arbeit von Frauen. „Obwohl Frauen oft die besseren Schulabschlüsse vorweisen, verdienen sie im Schnitt 24 Prozent weniger als Männer. Freiwillige Vereinbarungen sind gescheitert. Um Lohngleichheit durchzusetzen, ist ein Gleichstellungsgesetz für die Wirtschaft nötig“, betont die arbeitsmarktpolitische Sprecherin Silvia Schön.

Um mehr Frauen den Einstieg in gut bezahlte Männerdomänen zu ermöglichen, hat Bremen auf grüne Initiative die Arbeitsmarktprogramme neu ausgerichtet. Sie werden jetzt auch für Branchen wie Logistik, IT oder Windkraft qualifiziert. Mit dem Chancengleichheitsprogramm sollen Frauen auch bessere Aufstiegsmöglichkeiten in Berufen erhalten, die vor allem von ihnen ausgeübt werden. Außerdem werden sie mit einem Mentoringprogramm zur Vorbereitung auf Führungspositionen unterstützt. Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern, baut Rot-Grün die Kinderbetreuung und Ganztagschulen aus.

„Neben mehr Betreuungsangeboten brauchen Frauen auch flexiblere Arbeitszeitmodelle und familienfreundliche Unternehmen. Firmen dürfen die Potenziale von Frauen nicht länger verschwenden. Unternehmen, die heute in ihre Mitarbeiterinnen investieren, müssen sich morgen angesichts des drohenden Fachkräftemangels weniger sorgen“, so Doris Hoch.

Hinweis: Kundgebung auf dem Marktplatz „Grüne lassen Frauen nicht hängen“ von 11.30 bis 13.30 Uhr – schauen Sie doch mal vorbei.

AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:



Silvia Schön, arbeitsmarktpolitische Sprecherin
silvia.schoen@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-231)



Frank Willmann, hafenpolitischer Sprecher
frank.willmann@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-210)



Andrea Quick, Referentin für Arbeit, Frauen und Gesundheit
andrea.quick@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-252)



Christine Möglin, Referentin für Wirtschaft, Finanzen, Häfen und Europa
christine.moeglin@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-247)

Sie möchten diesen Newsletter-Service nicht länger nutzen oder Ihre persönlichen Einstellungen ändern? Dann klicken Sie bitte hier:

<http://mail.gruene-mail.de/mailman/listinfo/arbeit-wirtschaft-haefen>

www.gruene-fraktion-bremen.de

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* keine Haftung.